CDU Stadtratsfraktion Rheinfelden

Paul Renz

Stadtverwaltung Herrn Oberbürgermeister Klaus Eberhardt

79618 Rheinfelden(Baden)

Fraktionsvorsitzender Elisabethenstr. 7 79618 Rheinfelden(Baden) Tel. 07623 50723

e-mail: paul-renz@t-online.de

09.05.2023

Grundsteuer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

derzeit werden die neuen Grundsteuermessbescheide durch die Finanzämter den Grundstückseigentümern zugestellt. Aus vielen Gesprächen stellen wir eine große Verunsicherung in der Bevölkerung fest. Teilweise wird befürchtet, dass ein höherer Grundsteuermessbescheid bereits eine Aussage über eine höhere tatsächliche Grundsteuer bedeutet.

Wir stehen für eine faire Besteuerung von Immobilieneigentum. Weder Eigentümer noch Mieter sollen über Gebühr belastet werden. Wohnen darf nicht teurer werden als es ohnehin schon ist.

Eine transparente, lückenlose und zeitnahe Information unserer Bürgerinnen und Bürger zum Thema Grundsteuer ist uns wichtig.

Eine sachgerechte, faktenbasierte Diskussion zur Höhe der Grundsteuer ab 2025 bedarf der Feststellung, dass die zu zahlende Grundsteuer die entscheidenden Faktoren Grundstücksgröße, den Bodenwert **und den Grundsteuerhebesatz** beinhaltet.

Der Grundsteuerhebesatz wird von der Kommune, sprich vom Gemeinderat, festgelegt. Es ist falsch und irreführend anzunehmen und zu unterstellen, als würde der aktuelle Grundsteuerhebesatz auch im Jahr 2025 ff. gelten.

Wir wollen auch daher von der Verwaltung wissen,

- 1. in welcher Form und auf welcher Zeitschiene sie die Bevölkerung über die Ausgestaltung der Grundsteuer in unserer Stadt ab 2025 informiert.
- 2. wie der Zeitplan zur Festsetzung des Grundsteuerhebesatzes ab 2025 aussieht und in welcher Form die Bürgerinnen und Bürger, Verbände etc. sowie der Gemeinderat eingebunden werden.
- 3. nach welchen Kriterien der neue (deutlich niedrigere) Hebesatz festgelegt werden soll.

4. bis wann die Verwaltung damit rechnet, vom Finanzamt die Daten (Grundsteuermessbescheide zu erhalten um eine Vergleichsrechnung vornehmen zu können, damit die Aufkommensneutralität für die Stadt beurteilt werden kann.

Mit diesem Antrag wollen wir erreichen, dass das wichtige Thema der neuen Grundsteuer für alle Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt auf einer fundierten Faktenbasis und mit genügend Zeit vorbereitet, öffentlich diskutiert und rechtzeitig dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Mit freundlichen Grüßen

7 Mm